

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
33-0141.50/8875

Dresden, 17. Juli 2015

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

**Kleine Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs.-Nr.: 6/1927
Thema: Ermittlungen des Operativen Abwehrzentrums (OAZ)**

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die
Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

**Wie viele strafrechtlichen (Vor-)Ermittlungsverfahren werden aktuell im
OAZ wegen welcher Straftaten (bitte Lebenssachverhalt, Tatort, Tatzeit
und Straftatbestand angeben) und welchem Phänomenbereich
(rechts/links) zugeordnet?**

Die nachfolgenden Straftaten befanden sich mit Stand 25. Juni 2015 im
OAZ in Bearbeitung:

| Phänomenbereich | Anzahl |
|----------------------------|--------|
| PMK ¹ -rechts- | 132 |
| PMK -links- | 66 |
| PMK Ausländer | 4 |
| nicht zuordenbar/keine PMK | 67 |

Im Weiteren kann die Frage in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht be-
antwortet werden. Vor einer Angabe von genaueren Details zu diesen ins-
gesamt 269 Sachverhalten wäre in jedem Einzelfall zu prüfen, ob und ggf. in
welchem Umfang eine Erteilung von Auskünften nach § 477 StPO zu unter-
bleiben hat.

Nach § 477 Abs. 2 StPO sind Auskünfte zu versagen, wenn der Übermitt-
lung u. a. Zwecke des Strafverfahrens, auch die Gefährdung des Untersu-
chungszwecks in einem anderem Strafverfahren, entgegenstehen. Bei Vor-

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

Telefon +49 351 564-0
Telefax +49 351 564-3199
www.smi.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnli-
nien 3, 6, 7, 8, 13

Besucherparkplätze:
Bitte beim Empfang Wilhelm-Buck-
Str. 2 oder 4 melden.

¹ Politisch motivierte Kriminalität

liegen dieser Voraussetzungen handelt es sich um eine gebundene Entscheidung.

Während laufender Ermittlungen ist diese Beurteilung mit besonderer Sorgfalt zu treffen. Es liegt auf der Hand, dass eine Preisgabe des derzeitigen polizeilichen Informationsstandes die weiteren Ermittlungen und damit die Klärung des Sachverhaltes empfindlich beeinträchtigen kann. Dies betrifft sogar vermeintlich bekannte Tatsachen wie beispielsweise die mutmaßliche Tatzeit. Es macht einen Unterschied, ob eine Angabe in den Medien veröffentlicht und damit offenkundig ist oder ob sie durch die Ermittlungsbehörden ausdrücklich bestätigt wird.

Auch bei bereits abgeschlossenen oder abschlussreifen Ermittlungen besteht nicht ohne Weiteres ein Auskunftsanspruch. § 477 Abs. 2 StPO fordert die Versagung der Auskunft auch dann, wenn die Übermittlung den Untersuchungszweck in anderen Strafverfahren gefährdet. Dies kommt insbesondere dann in Betracht, wenn Anhaltspunkte für die Verbindung zwischen verschiedenen Sachverhalten bestehen, beispielsweise wenn der Beschuldigte eines Strafverfahrens zugleich Tatverdächtiger in anderen Verfahren ist.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass ggf. noch eine Abwägung zwischen dem notwendigen Geheimschutz und den Auskunftsansprüchen des Landtages stattzufinden hat. Diese Entscheidung wird in jedem Einzelfall zu treffen sein, bei dem eine Übermittlung nicht bereits aufgrund § 477 StPO unzulässig ist. In diesen Fällen käme jedoch als milderer Mittel gegenüber einer vollständigen Auskunftsversagung z. B. eine mündliche Information in nichtöffentlicher Sitzung in Betracht.

Frage 2:

Wie viele Mitarbeiter sind insgesamt im OAZ tätig und jeweils mit der Verfolgung welcher politisch motivierten Kriminalität (rechts/links/Ausländerkriminalität) befasst?

Es wird auf die Antwort der Staatsregierung auf die Frage 3 der Drucksache 6/1017 verwiesen.

Frage 3:

Wie viele Mitarbeiter sollten laut Stellenplan insgesamt im OAZ tätig sein und worin liegt die Abweichung zur Ist-Besetzung begründet?

Das OAZ verfügt über 126 Dienstposten. Gründe für die Differenz zur Ist-Besetzung sind beispielsweise Altersabgänge, Entlassungen, Versetzungen und Umsetzungen.



Frage 4:

Inwieweit ist die Soko zur Aufarbeitung der Ereignisse am 5. Juni 2015 in Leipzig organisatorisch und/oder personell im OAZ bzw. in welcher Organisationseinheit eingliedert?

Die Sonderkommission „Johannapark“ ist dem Leiter „Ermittlungen“ des OAZ zugeordnet.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Brunhild Kurth
Staatsministerin